

Sorge (SPD):

Herr Minister! Als ich meine zwei Fragen stellte, war noch keine Klärung des Sachverhaltes gegeben. Mittlerweile habe ich erfahren, daß die erste Frage wohl zu einer positiven Klärung gekommen ist, und ich möchte sie trotzdem noch einmal stellen, damit die Menschen, die in dieser Region leben, noch einmal über die Medien Ihr Urteil darüber erfahren.

Wie wird das Verkehrsministerium der eigenen Aussage am Beispiel der Bahnverbindung zwischen Meiningen und Mellrichstadt gerecht, der Bahnverbindung die Priorität einzuräumen? Und zur zweiten Frage haben Sie schon durch die Anfragen meines Vorgängers, des Abgeordneten Selke, einen Teil beantwortet, trotzdem möchte ich sie auch noch einmal stellen: Welche finanziellen Anteile sind für die Verkehrsverbindungen zwischen den beiden deutschen Staaten im Jahre 1990 erstens für die Bahn und zweitens für die Straße vorgesehen?

G i b t n e r, Minister für Verkehr:

Danke. - Das Teilstück Rentwertshausen - Mellrichstadt - Lückenschließung im Rahmen der Eisenbahnverbindung Erfurt - Stuttgart - war von Anfang an bei den Überlegungen zur gesamtdeutschen Verkehrsplanung berücksichtigt. Noch im Jahre 1991 wird die Strecke wieder eingleisig in Betrieb genommen. Dazu müssen Sicherungsanlagen gebaut werden, Bahnfeigzugänge usw., und auf dem Abschnitt Suhl-Plaue wird —rfuch das zweite Gleis wieder aufgebaut.

Zu der zweiten Frage: Finanzierung. Man muß bei der Gegenüberstellung der Zahlen berücksichtigen, daß die Zahl der Lückenschlüsse, überhaupt die Dichte des Straßennetzes, wesentlich größer als die des Schienennetzes ist und sich Maßnahmen im Straßennetz auch schneller realisieren lassen und damit natürlich die in diesem Jahr noch zur Verfügung stehenden Mittel auch in diesem Sinne in überwiegendem Maße für Straßenbaumaßnahmen ausgegeben werden. Dieses Bild täuscht aber optisch. Ich sage Ihnen die konkreten Ziffern von 1990. Es wurden insgesamt Mittel in Höhe von 304 Mio DM vereinbart. Davon werden unter Berücksichtigung der Vorbereitungszeiten für langfristige Maßnahmen ausgegeben: für die Eisenbahn 66 Mio DM bis Ende dieses Jahres, für Straßen 225 Mio DM, für die U-Bahnverbindungen in Berlin 11 Mio DM und für Fähren 2 Mio DM. Darüber hinaus werden im Zusammenhang mit dem Abriß der Mauer in und um Berlin und im Zusammenhang mit der Öffnung der innerdeutschen Grenze unmittelbar an den Nahtstellen weitere 52 Mio DM für Eisenbahn und 132 Mio DM für Straßenvorhaben eingesetzt, das sind nachträglich bestätigte Mittel. Das mag vielleicht in aller Kürze reichen.

—Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Vielen Dank, Herr Minister. Gestatten Sie noch eine kleine Zusatzfrage?

Dr. Kamm (CDU/DA):

Herr Minister, können Sie etwas zum aktuellen Stand des Flugplatzes Kronsamp bei Rostock sagen?

Gibtner, Minister für Verkehr:

Das kann ich im Moment nicht beantworten. Ich würde diese Anfrage aufnehmen, und wir verständigen uns dann.

Wenn ich darf, würde ich Ihnen noch gerne zwei Informationen in aller Kürze geben. Vor 14 Tagen hatten wir die nochmalige Anfrage bezüglich der Flugpreise bei Hilfssendungen aus aktuellem Anlaß. Ich habe noch aus der Sitzung heraus veranlaßt, daß hier eine besondere Preisbildung in Abstimmung mit dem Ministerium der Finanzen erfolgte. Die Interflug hat auf Gewinnkalkulation für diese Flüge nach Teheran verzichtet und damit ihren eigenen Solidaritätsbeitrag geleistet.

(Beifall)

Und mit dem Ministerium für Finanzen konnten wir uns einigen, daß die alte Kalkulationsrichtlinie nicht anzuwenden ist. Das hat bloß etwas länger gedauert, sonst hätte ich es Ihnen noch in der Sitzung sagen können. Es ist in Rechnung gestellt worden; der reine Flugpreis in DM (pro Flug 53 251 DM), zwei Maschinen sind geflogen. Soweit mit der Rechnungsbezahlung Mittel in unserer alten Währung in Anspruch genommen werden mußten, dann zum allgemeinen Umrechnungssatz 2 : 1.

Die zweite Information: Soeben sind eingetroffen für Sie alle zur Wahrnehmung Ihrer gesamtdeutschen Aufgaben, mit herzlichen Empfehlungen meines Bonner Kollegen, Dr. Zimmermann, und des Vorstandes der Deutschen Bundesbahn: persönliche Freifahrtscheine für das Netz der Deutschen Bundesbahn, sie werden ausgegeben über das Tagungsbüro.

(Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Vielen Dank, Herr Minister.

Da die Zeit weit überschritten ist, bitte ich den Minister der Justiz, die Fragen 33, 34, 35 und 36 schriftlich zu beantworten, wie auch alle anderen Fragen, die an Sie gerichtet sind. Die Fragestunde ist für heute geschlossen. Sie wird morgen fortgesetzt.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 2 auf. Der Ministerpräsident wird eine

Regierungserklärung zur Außenpolitik

abgeben. Bitte, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident de Maiziere:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In diesen Tagen war unsere Aufmerksamkeit auf Erneuerung und Veränderung in der Innenpolitik konzentriert. Dennoch sind die außenpolitischen Entwicklungen und unsere außenpolitischen Aktivitäten von ebenso großer Bedeutung. Der WVO-Gipfel in Moskau, der NATO-Gipfel in London, die Ost-West-Beziehungen überhaupt und auch der 28. Parteitag der KPdSU geben den Rahmen ab, innerhalb dessen sich die Chancen für die europäische Zusammenarbeit entwickeln werden.

Wir sind zum ersten Mal in eigener Verantwortung an der Verwirklichung der europäischen Zusammenarbeit beteiligt. Der Gegensatz zwischen Ost und West, der 40 Jahre Europa getrennt und bisweilen gespalten hat, löst sich auf.

Wir stehen in einer Übergangszeit zu neuen Formen der internationalen Beziehungen. Der Wille zur friedlichen und aufrichtigen Zusammenarbeit bestimmt unsere Außenpolitik. Das Zeitalter des kalten Krieges geht endlich zu Ende. Diese einmalige Chance, die uns die Geschichte gibt, dürfen wir nicht vertun und nicht verspielen. Der Eiserne Vorhang ist gefallen. An seine Stelle treten Brücken und Verbindungen.

In diesem Zusammenhang lautet die Grundfrage der Außenpolitik der DDR: Wie können wir unseren Beitrag zur gleichzeitigen Überwindung der Teilung Deutschlands und der Spaltung Europas am besten leisten? Wie können wir die Übergangszeit bis zur Vollendung der Einheit Deutschlands nutzen, um einen sicheren Einstieg in ein neues Europa der Zusammenarbeit zu schaffen?

Die Überwindung der Teilung Deutschlands darf nicht bedeuten, daß die Geschichte der DDR und die Erinnerung an sie ausgelöscht werden. Für die Menschen zwischen Elbe und Oder wird die Existenz des Staates DDR sicher nicht zur bloßen Fußnote in der Weltgeschichte und in ihrem eigenen Leben. In der DDR gelebt zu haben, bleibt Teil unserer persönlichen Biographie. Ebenso ist der Herbst 1989 in der Geschichte der Deutschen auf dem Weg zur Demokratie eines der wichtigsten Ereignisse und wird daher unvergesslich bleiben.

(Beifall bei allen Koalitionsparteien)